WERKPLATZ UND ARBEITS-
PLÄTZE VERNICHTEN?
NEIN!
Am 14. Juni 2015:
➡ NEIN zur Erbschaftssteuer
➡ NEIN zur Billag-Steuer
BDS Bund der Steuerzahler
www.bds-schweiz.ch

Freitag, 12. Juni 2015 | Nr. 24 | 57. Jahrgang

AZA
CH-8820 Wädenswil
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: Stutz Druck, Postfach 465, 8820

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

GIGANTISCHES PROJEKT OHNE MITBESTIMMUNGSMÖGLICHKEIT FÜR DIE BEVÖLKERUNG

Innovationspark – ein verführender, trügerischer Name!

Der Titel «Innovationspark Hub-Standort Dübendorf» ist verführerisch. Innovationspark klingt nach neuen Ideen und Forschung – aber Achtung, es handelt sich um ein massloses staatliches Projekt, welches abgelehnt werden muss. Die ganze Schweiz ist ein Innovationspark, hierzu braucht es keine masslosen Strukturen. Die Zürcher Nationalräte der SVP schliessen sich dieser Meinung an und stimmten am Dienstag geschlossen gegen den Innovationspark. Mit dem Beschluss des Nationalrats, dass neu die Baurechtszinsen für das Land des Innovationsparks zurück in die Stiftung «Swiss Innovation Park» fliessen sollen, ist eine staatliche Subvention dieses Projekts nun aktenkundig.

Patrick Walder
Gemeinderat SVP
Dübendorf

Noch diesen Monat wird der Kantonsrat über die Änderung des Richtplaneintrages Flugplatz Dübendorf befinden. Hinter diesem unscheinbaren Traktandum verbirgt sich der behördenverbindliche Eintrag eines sogenannten Innovationsparks in den Richtplan.

Was ist ein Innovationspark?

Die Erwartungen an einen Innovationspark sind vielfältig, doch leider weiss niemand so genau, was sich wirklich hinter diesem gut klingenden Namen verbirgt. Auf der Homepage der zuständigen Organisation für das Projekt «Innovationspark» gibt es zwar ein Register «Konzept», ein solches findet sich allerdings nicht auf der entsprechenden Seite. Mehr als schöne Worthülsen findet man dort nicht: «Swiss Innovation Park (Innovationspark Schweiz) ist das Konzept von Bund, Kantonen, Wissenschaft und Wirtschaft, die Innovationskraft der Schweiz im internationalen Wettbewerb der Standorte voll auszuschöpfen», ist dort zu lesen (man beachte die Reihenfolge der Nennungen).

Da ein Konzept fehlt, muss man sich zwangsläufig auf die Aussagen der verantwortlichen Personen verlassen. Im «Glattaler» vom 15. Mai 2015 äussert sich der Regierungsrat wie folgt: «Life-Sciences wie Mikro- und Molekularbiologie sind in Zürich stark, auch die Informations- und Kommunikations- sowie die Finanzwissenschaften. Grundsätzlich sind die Forschungsschwerpunkte aber vielseitig.»

Aus diesen Äusserungen geht hervor, dass niemand weiss, was mit einem Innovationspark bewirkt werden soll.

Gigantismus des Projekts

Mit dem Innovationspark soll eine Fläche von rund 71 Hektaren (dies entspricht der gesamten Bauzone der Gemeinde Hittnau ZH) überbaut werden. Das sind rund 42,5 Prozent der gesamten eingezäunten Fläche des Flugplatzes Dübendorf (167 ha)!

In der ersten Etappe (37 ha) ist gemäss Gestaltungsplan vorgesehen, dass 8600 Beschäftigte und 4400 Besucher täglich das Areal befluten. Hochgerechnet auf den gesamten Richtplaneintrag wären dies täglich 25000 Besucher am Standort Dübendorf, was der Bevölkerung der viertgrössten Stadt im Kanton entspricht. Der angestrebte Mix von 60 Prozent der Anreisenden per ÖV und 40 Prozent per individuellen Privatverkehr ist sehr fraglich. Selbst wenn diese Vorgaben umgesetzt werden können, ist ein Innovationspark im Flaschenhals Brüttiseller-Kreuz und Verbindung Uster-Wetzikon, sowie den ÖV-Engpässen Zürich-Winterthur und Zürich-Zürcher Oberland fehl am Platz.

Was nützt ein Innovationspark?

Innovation entsteht im Kopf und nicht mit dem Aufbau gigantischer Strukturen. Eine Zentralisierung in Form eines Innovationsparks ist im Zeitalter der elektronischen Vernetzung absolut überholt. Dass eine Zentralisierung der Forschungseinrichtungen und der privaten Unternehmungen schon regionalpolitisch nicht möglich ist, zeigt, dass es sich beim Innovationspark Dübendorf «nur» um einen Hub-Standort handelt. Weitere Innovationsparks sind beschlossen, weit weg von Dübendorf. Sollten die Befürworter an das Argument glauben, dass nur durch zentralistische Zusammenschlüsse in Form eines Parks Innovation möglich ist, hätte man sich auf einen einzigen Standort einigen müssen.

Subventionen und staatliche Eingriffe

Anstatt die Rahmenbedingungen für Unternehmungen zu verbessern, richtet die Politik lieber mit grosser Kelle an. Das Bestreben nach Projekten, welche sichtbar sind, ist grösser, als der Wille zur Förderung der privatwirtschaftlichen Innovation mittels Entlastung. Auch wenn die Politik immer wieder argumentiert, dass ein solcher nationaler Innovationspark nicht subventioniert wird, so zeigt bereits die Planung ein anders Bild. In der Planungsphase haben die Anrainergemeinden, Planungsgruppen und der Kanton viel Geld in das Projekt Innovationspark gesteckt. Sei dies für Studien, planerische Konzepte oder für eine vom Kanton eigens eingerichtete Verwaltungsstelle.

Mit dem Beschluss des Nationalrats vom 9. Juni 2015, dass nun auch die Einnahmen aus dem Baurechtszins in die Tasche der Stiftung «Swiss Innovation Park» fliessen soll, ist die Subvention dieses Projekts aktenkundig. Weiter hat der Nationalrat beschlossen, einen Bürgschaftskredit in Höhe von 350 Millionen Franken auszugeben. Auch wenn eine Bürgschaft vorerst keine direkte Geldausgabe ist, bleibt eine Bürgschaft trotzdem eine Eventualverpflichtung.

Verhalten der eidg. Fraktion der SVP

Die SVP Fraktion im Nationalrat stellte sich grossmehrheitlich dagegen, dass der Bund das Land des Militärflugplatzes Dübendorf für ein solch massloses Projekt hergibt, eine Bürgschaft über 350 Millionen Franken spricht und sämtliche Erträge aus dem Baurechtszins der Stiftung zukommen lässt. In der Medienmitteilung der SVP Schweiz vom 23. Mai 2015 steht hierzu: «Klar abgelehnt wird von der Fraktion das Geschäft zur Ausgestaltung und Unterstützung eines nationalen Innovationsparks. Die staatliche Einflussnahme in einem privatwirtschaftlichen Bereich führt zu einer ungesunden Verflechtung und zu wachsenden Abhängigkeiten vom Staat. Die Folgen werden neben einer Aufblähung des Staates weitere regionale Begehrlichkeiten sein.»

Richtplan ist abzulehnen

Der Richtplaneintrag im Kanton Zürich ist abzulehnen. Ein solches Projekt ist weder volkswirtschaftlich notwendig noch sinnvoll. Es führt zu einer Einmischung des Staats in die Privatwirtschaft und ist somit eine Vortat der staatlichen Planwirtschaft in den wissenschaftlichen Bereichen. Nur wenn der Richtplaneintrag abgelehnt wird, und so der Innovationspark auf dem Flugplatz verhindert werden kann, besteht für eine weitere aviatische Nutzung keine Gefahr.

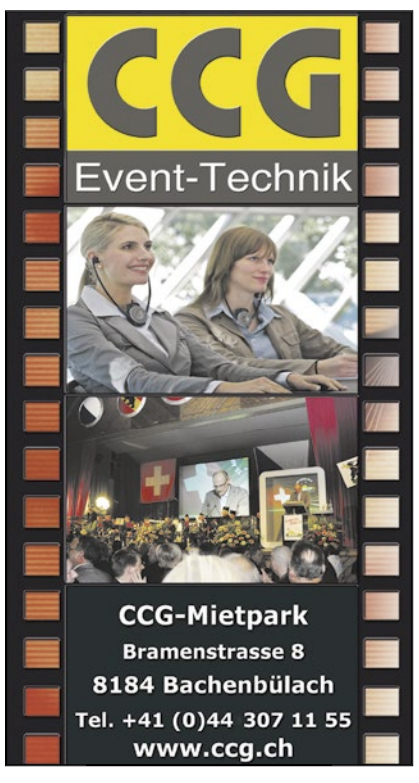
Fortsetzung auf Seite 2

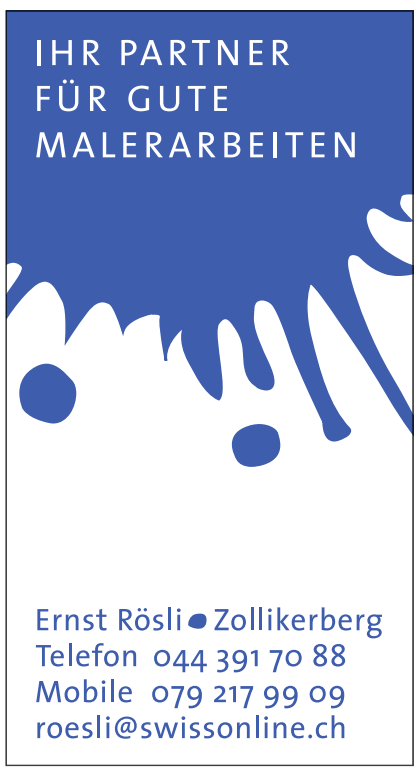
An die Urnen
Jede Stimme zählt

Volksabstimmung vom 14. Juni 2015

SVP des Kantons Zürich

EIDGENÖSSISCHE VORLAGEN	
1. Änderung der Verfassungsbestimmung zur Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie im Humanbereich	JA
2. Stipendieninitiative	NEIN
3. Volksinitiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform)»	NEIN
4. Bundesgesetz über Radio und Fernsehen (Billag-Mediensteuer)	NEIN
KANTONALE VORLAGEN	
1. Verfassung des Kantons Zürich; obligatorisches Referendum für Gebühren (Gebühreninitiative)	JA
2. Gemeindegesetz; Gebührenkatalog (Gebühreninitiative)	JA
3. Kantonale Volksinitiative: Keine Härtefallkommission für abgewiesene Asylsuchende und Personen mit ungeregeltem Aufenthaltsstatus	JA





Christoph Mörgeli

Der Geist weht, wo er will

Mit ihren sogenannten Innovationsparks haben die Politiker links von der SVP einen Handstreich vollbracht. Ein Handstreich gegen die saubere Eigentumsordnung. Gegen die liberale Ordnungspolitik. Gegen den wahren Innovationsgedanken. Und gegen die letzte strategische Landreserve der Schweiz. Um mit Staatshilfe 70 Hektaren auf dem Flugplatz Dübendorf überbauen zu können, muss Geld für Innovationsparks auch an weitere Regionen fliessen. Föderalismus wird im Parlament mit Stimmenkauf verwechselt.

Das im Baurecht an Private abgegebene Land und die 350 Millionen Steuerfranken für Bürgschaften sind eine reine Subvention – nämlich wirtschaftspolitische Eingriffe in den Markt, um ein bestimmtes Verhalten der Marktteilnehmer zu fördern. Wer einzelne Firmen bevorzugt, diskriminiert zugleich alle andern. Die freisinnige Public-Private-Partnership à la Swissair ist wieder da: ein Gemauschel von Staat und Wirtschaft. «Mitenand gaats schlächter.» Aber die FDP sieht oft Samt und Seide, wo in Wirklichkeit nur Filz ist.

Einmal mehr investieren die Politiker in Beton statt in Ideen. Doch Microsoft, Apple, Google oder Instagram wurden nicht in staatlich subventionierten Innovationsparks ausgetüftelt. Sondern in Autogaragen, an Küchentischen, in «Starbucks». Nicht der Staat hat unsere Uhrenindustrie gerettet. Sondern das taten der visionäre Unternehmensberater Nicolas Hayek und der mutige Industrielle Stephan Schmidheiny. Die PTT haben das E-Mail nicht erfunden. Es liegen Welten zwischen der Effizienz eines italienischen Postamtes und derjenigen einer italienischen Kaffeebar.

Der Staat erfindet nichts. Der Staat produziert nichts. Der Staat trägt nie irgendeine Verantwortung. Er ist für Innovationen denkbar ungeeignet. Wer wirklich Innovationen fördern will, muss endlich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessern. Für alle, nicht für einige privilegierte Bundeslieblinge. Wertschöpfung und Wohlstand können nur erreicht werden, wenn erarbeitetes Wissen erfolgreich in den Märkten umgesetzt wird. Doch FDP und SP setzen auf verfehlte öffentlich-wirtschaftliche Mischformen. Die Grünen und Grünliberalen wollen in Dübendorf die Fläche von hundert Fussballfeldern überbauen. Und die CVP vergisst beim Thema Innovationsparks sogar die Heilige Schrift, wo da steht: «Der Geist weht, wo er will.»

BERICHT 2. WOCHE SOMMERSESSION

Nach Golde drängt, am Golde hängt doch alles …

Das Ringen um die «richtigen» Beiträge des Finanzausgleichs zwischen Kantonen und Bund dauert an. Der Nationalrat beharrte darauf, die Geberkantone um jährlich 134 Mio. Franken und den Bund um 196 Mio. Franken zu entlasten. Redner aus Geberkantonen warnten, dass so das Solidaritätssystem überstrapaziert werde. Die Genfer SVP-Nationalrätin Céline Amaudruz verwies auf die Möglichkeit eines Kantonsreferendums.

Hans Egloff
Nationalrat SVP
Aesch ZH

Der Ständerat machte inzwischen einen ersten Schritt auf die Geberkantone zu und entschied, diese in den Jahren 2016 bis 2019 jährlich um 67 Mio. Franken zu entlasten. Die grosse Kammer hatte letzte Woche entschieden, diesen Kompromiss abzulehnen. Die Vorlage soll noch in der Sommersession zu Ende beraten werden. Lehnt der Nationalrat den Kompromiss erneut ab, wird eine Einigungskonferenz eingesetzt. Bringt diese keine Lösung, bleibt der bisherige Bundesbeschluss für weitere zwei Jahre in Kraft.

FIFA-Turbulenzen wirkungslos

Der Ständerat hat sich nicht von der allgemeinen Empörung über den Weltfussballverband FIFA anstecken lassen und die Verschärfung des Korruptionsstrafrechts in einem wichtigen Punkt trotzdem abgeschwächt. Der Bundesrat schlug vor, Privatbestechung als Straftatbestand ins Strafgesetzbuch aufzunehmen und sie von Amtes wegen zu verfolgen. Heute ist die Bestechung Privater nach schweizerischem Recht nur strafbar, wenn sie zu Wettbewerbsverzerrungen im Sinne des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb (UWG) führt. Mit knappen 22 zu 23 Stimmen beschloss der Ständerat, dass Privatbestechung nur auf Antrag verfolgt wird, wenn keine öffentlichen Interessen verletzt oder gefährdet sind. Dies soll sicherzustellen, dass in Bagatellfällen kein Strafverfahren angehoben werden muss.

Verkehrsfinanzierung wie eh und je?

Der Nationalrat will die Einnahmen aus der Mineralölsteuer nicht ausschliesslich für den Strassenverkehr verwenden. Mit der Volksinitiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung» wollen Automobilimporteure und Strassenverbände erreichen, dass die Einnahmen aus der Mineralölsteuer vollständig dem Strassenverkehr zugute kommen. Nach dem Ständerat lehnte auch die grosse Kammer die «Milchkuh-Initiative» ab. Den Ausschlag gaben Steuerausfälle von 1,5 Milliarden Franken auf Bundesebene.

Umstritten war die Verknüpfung mit dem geplanten Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF), aus dem künftig das Nationalstrassennetz finanziert werden soll. Zur Volksinitiative der Strassenverkehrsverbände schilderte unser Aargauer Fraktionskollege Hans Killer, wo der Hase im Pfeffer liegt: «Wir hätten zusammen mit der Beratung eines künftigen Fonds für den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehr (NAF) die einmalige Chance gehabt, eine Auslegeordnung zu den Finanzierungsmechanismen vorzunehmen. Wir haben diese Chance verspielt. Beide Vorlagen wollen für künftige Aufgaben des Strassenverkehrs eine gemeinsame finanzielle Basis schaffen, aus welcher die Ausbau- und Unterhaltskosten unserer Strasseninfrastrukturanlagen finanziert werden können.»

Nach den «fetten Jahren» …

Die kleine Kammer hat das Budget 2015 einstimmig genehmigt und trotz der finanziell angespannten Lage die Ausgaben noch mit Nachtragskrediten von 115,6 Mio. Franken aufgestockt. Wegen der hohen Zahl von Gesuchen sind allein im Asylbereich zusätzliche 20,5 Mio. Franken nötig. Der Bund schliesst das Jahr 2014 mit einem Defizit von 124 Mio. Franken ab. Erstmals seit 2005 wird damit ein Fehlbetrag ausgewiesen. Budgetiert war ein Überschuss von 121 Mio. Franken. Der Einnahmenrückgang hinterlässt deutliche Spuren im Bundeshaushalt. Der Ständerat legte das Augenmerk vor allem auf die ordentlichen Ausgaben des Bundes, die im Vergleich zum Vorjahr um 300 Mio. auf 64 Milliarden Franken anstiegen (+0,5 %).

Grösste Kostentreiber waren die Erhöhung der CO_2-Abgabe beziehungsweise die Verwendung der entsprechenden Mehrerträge (+363 Mio.), die Soziale Wohlfahrt (+309 Mio.), die Beziehungen zum Ausland (+216 Mio.) und der Verkehr (+206 Mio.). Die Ausgaben für die Landesverteidigung (–441 Mio.) sowie für Finanzen und Steuern (–446 Mio.) gingen deutlich zurück. Volksentscheide (Ablehnung Gripen; Annahme Masseneinwanderungsinitiative) haben dazu beigetragen, dass das Ausgabenwachstum tiefer ausfiel als budgetiert. Erfreulich immerhin: Die Bruttoschulden des Bundes gingen 2014 um 2,8 Milliarden auf 108,8 Milliarden Franken zurück.

SVP-Fraktion in der Ostschweiz

Der diesjährige SVP-Fraktionsausflug führte in die Ostschweiz, genauer nach Romanshorn. Mit dabei waren am Hafenfest unser Zürcher Bundesrat Ueli Maurer, Parteipräsident und Nationalrat Toni Brunner (SG), Fraktionspräsident Adrian Amstutz (BE), Ständerat Roland Eberle (TG) und alle Thurgauer Nationalratskandidaten, nämlich Hansjörg Walter, Markus Hausammann, Verena Herzog, Kurt Baumann, Diana Gutjahr und Vico Zahnd sowie Vertreter der Jungen SVP. Ein rundum gelungener «Familienanlass» zur Sessions-Halbzeit!

BILATERALEN

Bundesrat läutet Abstimmungskampf für Rahmenabkommen ein

Mit einem über den Ständerat bestellten Propagandabericht läutet der Bundesrat seinen Abstimmungskampf für ein institutionelles Rahmenabkommen mit der EU ein. Seine Verhandlungsposition mit der EU schwächt er damit in fahrlässiger Weise weiter.

SVP. Der Bundesrat stellt in seinem am letzten Freitag veröffentlichten Bericht ein durch und durch theoretisches Szenario dar: Der plötzliche Wegfall der bestehenden, weit über 100 bilateralen Abkommen mit der EU und den Ersatz durch ein «umfassendes Freihandelsabkommen», von dem der Bundesrat nicht einmal weiss, wie er es definieren soll. Der Bericht ist damit reine Spiegelfechterei. Zwischen den Zeilen wird jedoch klar, dass insbesondere die Vorteile einer weitgehenden «Rechtsharmonisierung» in den schönsten Farben ausgemalt werden sollen. Damit wird offensichtlich bereits der Teppich für ein institutionelles Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU mit dynamischer und zwingender Rechtsübernahme und einer Unterstellung unter EU-Kontroll- und Gerichtsbehörden gelegt. Letztlich veranschaulicht der Bericht aber insbesondere die ideologische Verbohrtheit und den mangelnden Sinn für Pragmatismus des Bundesrates in seiner aktuellen Zusammensetzung.

Eigene Verhandlungsposition geschwächt

Das vom Bundesrat dargestellte Szenario entbehrt nämlich jeglicher Realität und Vernunft. Niemand stellt ernsthaft alle über 100 bestehenden bilateralen Abkommen mit der EU in Frage. Niemandem käme es in den Sinn, diesen Zustand mit einem neuen Zustand zu vergleichen, für den es gemäss Bericht «keine allgemein anerkannte Definition» gibt. Weder die Schweiz noch die EU hätte ein Interesse daran, alle bestehenden Beziehungen abzubrechen. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein solches Szenario eintritt, liegt dann auch bei null.

In der aktuellen Diskussion zwischen der Schweiz und der EU geht es genau um ein einziges Abkommen, nämlich um jenes über die Personenfreizügigkeit, das die Schweiz anpassen muss, weil es zu einer unhaltbaren Situation führt. Mögliche Konsequenzen könnte dies allenfalls noch auf maximal sechs weitere Abkommen im Bereich der sogenannten Bilateralen I haben, welche aber zumeist im gegenseitigen Interesse zwischen der Schweiz und der EU liegen.

Der Bericht bringt damit keinen praktischen Nutzen, dient jedoch offensichtlich dazu, eine möglichst weitgehende Integration der Schweiz in die EU als Idealzustand darzustellen. Genau dies beabsichtigt der Bundesrat mit seinen Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen.

In der aktuellen Situation schadet der Bundesrat mit diesem Bericht der Schweiz erneut, indem er der EU weitere Argumente auf dem Silbertablett liefert, weshalb sie mit der Schweiz nicht über eine Anpassung des Personenfreizügigkeitsabkommens zu verhandeln braucht. Kürzlich hat Bundespräsidentin Sommaruga den Medien zu Protokoll gegeben, das Schwächen der eigenen Verhandlungsposition sei «das Blödeste, was man machen kann». Somit hat der Bundesrat wieder einmal das Blödeste getan.

Fortsetzung von Seite 1

Wie der Bund sich diesbezüglich schon geäussert hat, besteht der Bund unabhängig des Richtplans auf die aviatische Nutzung des Areals. Mit einem Innovationspark wäre die aviatische Weiternutzung des Areals in grösster Gefahr. Sobald der Innovationspark besteht, wird der Druck auf die Aviatik derart gross, dass diese verdrängt werden wird. Dasselbe gilt für die geplante Bundesbasis der Armee.

Das Volk soll mitbestimmen

Zum geplanten Innovationspark hat das Volk leider nichts mitzubestimmen. Weder der Richtplan noch der Gestaltungsplan sind referendumsfähig. Dies mag zwar staatsrechtlich vertretbar sein, ist aber bei einem solchen Projekt äusserst fragwürdig.

In der Kantonsverfassung steht unter Art. 33 e):

«Dem Volk werden auf Verlangen zur Abstimmung unterbreitet: Beschlüsse des Kantonsrates von grundlegender Bedeutung, die langfristige Auswirkungen auf die allgemeinen Lebensgrundlagen haben.»

Das Projekt Innovationspark erfüllt aus demokratischen Überlegungen diese Bedingungen – ob der Kantonsrat den Mut aufbringt das Projekt dem fakultativen Referendum zu unterstellen?

Patrick Walder ist Präsident des Forums Flugplatz Dübendorf und Nationalratskandidat der SVP.

AUS DEM KANTONSRAT

Keine Ausweitung des Verbandsbeschwerderechts

Zürich tritt der Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe nicht bei. Dies entschied der Kantonsrat am Montag.

Margreth Rinderknecht
Kantonsrätin SVP
Wallisellen

Als erstes Geschäft wurde ein Postulat aus dem Jahr 2009 abgeschrieben. Es ging dabei um Sonderbauvorschriften für die Flughafenregion, Neuordnung der Siedlungsstruktur. **Erich Bollinger** (SVP, Rafz) vertrat die Meinung der SVP: Das vorliegende Postulat war 2009 noch als Motion eingereicht worden. Damals sah die Welt noch anders aus. Heute im 2015 ist die Lärmschutzverordnung so angepasst, dass Bauzonen erschlossen und aufgezont werden können, sofern die dafür vorgesehenen speziellen Bedingungen erfüllt werden. Das hilft den Bezirken Bülach und Dielsdorf, sich weiterhin zu entwickeln. Mittels Kreisschreiben der Baudirektion an die Gemeinden wurde die Änderung bereits kommuniziert. Alle Fraktionen stimmten für die Abschreibung.

Keine Ausweitung des Beschwerderechts

Pierre Dalcher (SVP, Schlieren) berichtete als ehemaliger Kommissionspräsident von den Diskussionen zur parlamentarischen Initiative, welche das Verbandsbeschwerderecht ausdehnen wollte. Die grosse Mehrheit der Kommission, aber auch der Regierungsrat sind der Meinung, dass das Verbandsbeschwerderecht nicht weiter auszudehnen sei. Die grünen Initianten wollten, dass Verbände, die sich für die Förderung der Landwirtschaft einsetzen, auch das Beschwerderecht bekommen sollen. Offenbar war das Ziel des Vorstosses, dass der Bauernverband dieses Beschwerderecht bekommen sollte, aber der wollte es gar nicht. Gemäss dem Vorschlag wäre beliebigen Interessegruppen das Recht eingeräumt worden, gegen demokratisch festgelegte kommunale Bauzonen oder Gestaltungspläne Beschwerde zu führen. Beschwerden sollten auch möglich sein gegen Bauten ausserhalb der Bauzone, welche landwirtschaftlich genutzte Flächen beeinträchtigen. Damit sind auch landwirtschaftliche Bauten gemeint. Leider ist es heute nicht selten so, dass Bauernfamilien mit Androhungen von Beschwerden durch die Umweltverbände unter Druck gesetzt werden, irgendwo noch ein zusätzliches Bächlein aufzureissen, eine Hecke zu pflanzen oder gewachsenen Boden abzutragen und ihn durch eine von irgendwoher herangekarrte nährstoffarme Kiesschicht zu ersetzten, damit da ein Magerwieslein entstehe.

Baudirektor **Markus Kägi** gab seiner Zufriedenheit Ausdruck, dass der Rat eine Ausdehnung des Verbandsbeschwerderechts nicht unterstützt. «Wenn der Tierschutz immer strengere Richtlinien erlässt, müssen Ställe grösser gebaut werden. Der Kanton Zürich kann 44 000 ha Fruchtfolgeflächen ausweisen – es ist nicht so, wie gewisse Leute behaupten, dass hektarweise Flächen durch die Bauern selber überbaut werden.» Die Initiative wurde klar mit 152:17 abgelehnt.

Lotteriefonds-Geld für Wasserkraftwerk

Der Regierungsrat beantragte, einen Beitrag von 21 Millionen aus dem Lotteriefonds zugunsten der Baudirektion für die Sanierung der Wasserkraftwerke am Aabach zu bewilligen. Die historischen Industrieanlagen mit ihren Wasserkraftanlagen sind wichtige Zeugen der wirtschaftlichen Epoche im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Die wasserbautechnischen Anlagen sind Teil der Kulturlandschaft im Industriekanton Zürich. Der ganze Landschaftsabschnitt der Aa vom Regulierwerk Pfäffikersee bis zur Einmündung in den Greifensee zeigt diese wirtschaftliche Epoche. Alle 13 Kraftwerksanlagen sind im Inventar der kunst- und kulturhistorischen Schutzobjekte und archäologischen Denkmälern von überkommunaler Bedeutung eingetragen. **Matthias Hauser** (SVP, Hüntwangen) sprach sich im Namen der Fraktion für die Genehmigung des Betrags aus. Weiter monierte er: «Die SVP ist unzufrieden, wie die Gelder des Lotteriefonds verteilt werden. Die Vergabe soll breiter abgestützt werden. Gerade bei der Kulturförderung wird das Geld sehr punktuell verteilt, dabei sollten alle Steuerzahler in den Genuss von Leistungen kommen.»

Harmonisierung der Baubegriffe

Erich Bollinger erklärte die Verknüpfung der beiden Bauvorlagen: «Eigentlich wäre die Harmonisierung der Baubegriffe ein Nachvollzug des Beitritts zum entsprechenden Konkordat. Die Änderungsanträge in Planungs- und Baugesetz bieten den Baubewilligen mehr Möglichkeiten um grosszügiger zu bauen. In der Vorlage 5058 ging es dann um den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe. Die Mehrheit der Kommission beantragte, den Beitritt abzulehnen. Hansheinrich Raths begründet die Ablehnung des Beitritts aus staatspolitischen Gründen: «Die Schweiz hat drei staatspolitische Ebenen mit ihren verfassungsmässigen Aufgaben, Strukturen und Kompetenzen. Ein Konkordat ist ein Hilfskonstrukt, welches allenfalls für untergeordnete Aufgaben geeignet ist. Konkordate weisen ein Demokratiedefizit auf. Macht und Einfluss der Regierung und der Verwaltung werden gestärkt, die direktdemokratische Mitwirkung von Parlament und Stimmbürgern wird stark eingeschränkt. Wir sollten die Freiheit behalten, ins PBG zu schreiben, was die Mehrheit des Parlaments für gut befindet und nicht das, was die Baudirektorenkonferenz beschliesst.»

Auch **Matthias Hauser** machte deutlich: «Die Schwierigkeit ist doch, dass Regierungsvertreter, also Exekutivmitglieder zu Legislativmitglieder werden und Geschäfte vertreten, die der kantonalen Legislative zustehen.» **Markus Kägi** mahnte noch einmal – allerdings erfolglos – , dass die ablehnende Haltung bedeute, dass eine nicht mehr beeinflussbare Bundeslösung absehbar werde. Mit 104:67 votierte der Rat auf Nichteintreten – damit ist dieses Geschäft erledigt.

Schwemmholzrückhalt an der Sihl

An der Sihl soll oberhalb von Langnau a. A. ein Schwemmholzrückhalt gebaut werden. Dieser soll bei ausserordentlichen Hochwassern den Grossteil von Schwemmholz (bis zu 12 000 m^3 Lockervolumen) zurückhalten. **Christian Lucek** (SVP, Dänikon) vertrat die Meinung der SVP. Es ist ein sinnvolles Projekt und funktioniert genial einfach: Bei einem Hochwasserereignis wird das Schwemmholz über eine Kurvenaussenseite der Sihl und eine linksseitige Wehrschwelle in den Rückhalt geleitet und am Längs- und Querrechen zurückgehalten. Dort kann es herausgenommen und zu Energieholz gehäckselt werden. Der Kredit von gut 25 Millionen Franken ist nicht bestritten. Markus Kägi geht von einigen Milliarden Schadenskosten bei einem ausserordentlichen Hochwasser aus, da seien die baulichen Massnahme mehr als gerechtfertigt. Der Rat stimmt der Vorlage einstimmig zu.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK:

Der Kantonsrat hat am Montag …

- 😐 … ein Postulat, in dem Sonderbauvorschriften für die Flughafenregion gefordert wurden, als erledigt abgeschrieben.
- 🙂 … eine PI zum Kulturlandschutz mit 152 zu 17 Stimmen abgelehnt. In der Initiative wurde eine Ausweitung des Verbandsbeschwerderechts verlangt.
- 😐 … mit 169 zu 0 Stimmen einen Beitrag aus dem Lotteriefonds in der Höhe von höchstens 21,1 Millionen Franken zur Sanierung der Aabach-Kraftwerke bewilligt.
- 😐 … eine Änderung des Planungs- und Baugesetzes (PBG) in erster Lesung durchberaten. Die Änderung steht im Zusammenhang mit dem vom Regierungsrat beantragten Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (IVHB).
- 🙂 … mit 104 zu 67 Stimmen abgelehnt, auf das Gesetz über den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (IVHB) einzutreten.
- 😐 … mit 167 zu 0 Stimmen einen Kredit von knapp 26 Millionen Franken für den Bau eines Schwemmholzrechens an der Sihl oberhalb Langnau a. A. bewilligt.
- 😐 … ein Postulat zu Photovoltaikanlagen in Landschaftsschutzgebieten auf Gebäuden als erledigt abgeschrieben.

8. Juni 2015

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Bauen: Dank SVP bleibt der Föderalismus erhalten

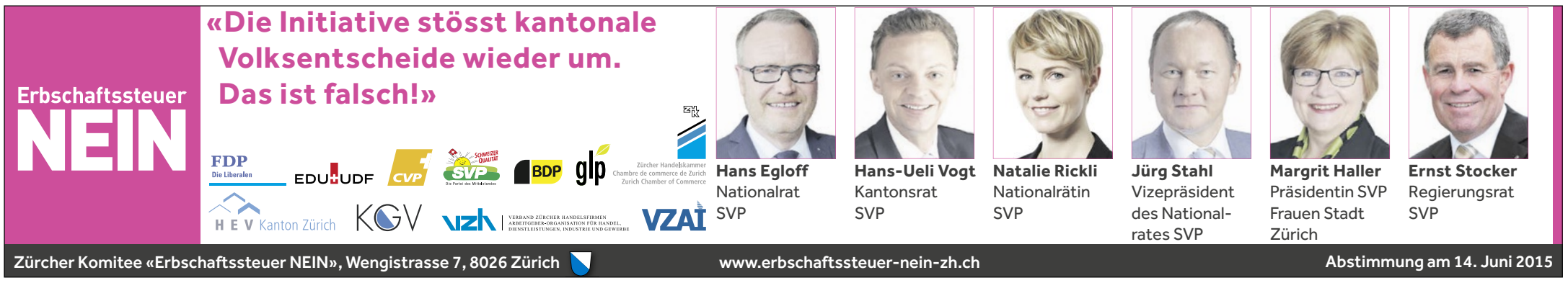
Pierre Dalcher
Kantonsrat SVP
Schlieren

Die Zürcher Regierung legte dem Kantonsrat zwei Bauvorlagen vor. In der einen Vorlage sollte der Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (IVHB) bestimmt werden, in der zweiten Vorlage sollten entsprechende Anpassungen im Planungs- und Baugesetz (PBG) geregelt werden.

Grundsätzlich soll mit diesen beiden Vorlagen eine Vereinheitlichung der Baubegriffe und Messweisen über die Kantonsgrenzen hinaus ermöglicht werden. In der Vorlage waren ca. 30 dieser Begriffe betroffen, die in den entsprechenden Kantonen vereinheitlicht werden sollten. Bereits bei dieser geringen Anzahl von Anpassungen kam Kritik auf. Für eine solche tiefe Anzahl Anpassungen sollte das Planungs- und Baugesetz angepasst werden? Nach Inkrafttreten des Gesetzes müssten die Gemeinden ihre Bau- und Zonenordnungen in den nächsten acht Jahren anpassen. Hier stellten wir uns die Frage, ist dieser enorme Aufwand für diesen Ertrag gerechtfertigt? Weiter prophezeien wir eine enorme Rechtsunsicherheit in der Gesetzesumsetzungsphase. Die jeweiligen Bausekretäre der Gemeinden werden mit Auskünften sehr zurückhaltend operieren, da sie nicht verantwortlich für kommende Gerichtswege gemacht werden wollen.

Die FDP Anträge zeigten auf, dass eine Anpassung des kantonalen Planungs- und Baugesetzes sehr wohl möglich ist, was für das angestrebte, verdichtete Bauen eine echte qualitative Steigerung bedeutet. Die SVP ist überzeugt, dass verdichtetes Bauen von der Bevölkerung nur akzeptiert wird, wenn der Innenraum (Wohnzone) und der Aussenraum (Park, Spielplätze) attraktives Leben erlaubt. Wie die Debatte im Kantonsrat aber aufzeigte, versteht die linke Ratsseite unter verdichtetem Bauen weniger Wohnraum für mehr Personen zu günstigen Mietpreisen und gleichzeitig eine Abschöpfung eines prinzipiellen Mehrwertes. Da ist der «Dichtekoller» vorprogrammiert und die Psycho- und Sozialindustrie wäre für viele Jahre weiterhin mit einer neuen Kundschaft versorgt. Mit 102:67 Stimmen wurden die Änderungswünsche gutgeheissen.

Obwohl die genannten Anträge für das verdichtete Bauen eine klare Erfrischung im Planungs- und Baugesetz bedeuten, konnte sich die SVP auch weiterhin nicht für einen Beitritt in das Konkordat erwärmen. Als Motor der Schweizer Wirtschaft und gleichzeitig als Kanton mit der grössten Wohnbevölkerung gerät die Mitbestimmung mit einer Stimme in einer solchen Gemeinschaft sehr arg in Schieflage. Sollen wir uns dies antun? Weiter halten wir an den Vorteilen des Föderalismus fest. Mit einem Beitritt in ein weiteres Konkordat geben wir unsere Mitbestimmung in einem zentralen Bereich preis. Beachten wir, dass für den Vollzug weiterhin die kantonalen Gerichte zuständig sind, somit muss man sich die Frage stellen, ob eine einheitliche Umsetzung unter diesen Umständen möglich ist. Unser Hans Heinrich Raths brachte es auf den Punkt, «Konkordate weisen ein Demokratiedefizit auf». Nach der klaren Niederlage bei den Änderungen zum PBG verweigerte die linke Ratsseite zum Trotz, ohne inhaltliche Begründung, einen Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe. Damit wurde ein Beitritt in das Konkordat mit dem Resultat von 104:67 Stimmen verhindert.



SVP BEZIRK HORGEN

Noch mehr Steuern und Abgaben?

Die SVP Bezirk Horgen hat am Donnerstag, 4. Juni 2015, eine öffentliche Politveranstaltung zu den kantonalen und eidgenössischen Abstimmungen vom 14. Juni durchgeführt. Die beiden eidgenössischen Parlamentarier Natalie Rickli und Gregor Rutz sowie die Kantonsräte Martin Arnold und Jürg Trachsel haben zum Thema «Noch mehr Steuern und Abgaben?» referiert.

SVP Bezirk Horgen. Rund 60 Mitglieder und andere Interessierte sind der Einladung der SVP Bezirk Horgen gefolgt und haben an diesem wunderschönen Sommerabend die Referate zu den bevorstehenden Abstimmungen verfolgt. Denn wenn es eine Möglichkeit gibt, den steigenden Gebühren und Abgaben entgegen zu wirken, dann ist kein Wetter zu schön um sich nicht darum zu bemühen.

Durch die Referate und die anschliessende Diskussion führte Kantonsrat Martin Arnold, Oberrieden. Er führte einige kantonale und eidgenössische Vorlagen auf, wobei es überall um mehr staatliche Leistungen geht. Neue Staatsaufgaben müssen auch finanziert werden. Da ist die Frage «Noch mehr Steuern und Abgaben?» berechtigt. Martin Arnold führte als aktuelles Beispiel die «Stipendieninitiative» auf. Dies ist eine der im Trend liegenden Umverteilungsideen, welche einzig und alleine mehr Staatsausgaben zur Folge haben wird.

Kantonsrat Jürg Trachsel aus Richterswil hat die kantonalen sogenannten Zwillingsinitiativen vorgestellt. Früher machten die Gebühren einen kleinen Teil im Vergleich zu den Steuern aus. Diese Aufteilung präsentiert sich heute ganz anders. Denn Steuererhöhungen müssen beim Bürger an der Gemeindeversammlung begründet, Gebühren hingegen können einfach frei festgelegt werden. Mit der kantonalen und kommunalen Gebührenvorlage soll nun endlich Transparenz im undurchsichtigen Gebührenkatalog geschaffen werden. Kantonsrat Trachsel setzt sich darum aus Überzeugung für 2 x Ja ein.

Sprechen sich gegen neue Steuern und Abgaben aus: Kantonsrat Martin Arnold, Kantonsrat Jürg Trachsel, Nationalrätin Natalie Rickli und Nationalrat Gregor Rutz (v. l.).

Gegen neue Steuern

Dasselbe Bild präsentiert sich heute bei der Billag. Der Bürger hat nichts zu sagen und muss bezahlen. Nationalrätin Natalie Rickli ist froh, dass das Volk seit 1984 erstmals wieder zu einer medienpolitischen Vorlage Stellung nehmen kann. Mit der Revision des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen soll die Gebührenpflicht auf alle Haushalte und Unternehmen mit einem Umsatz grösser als 500 000 Franken ausgeweitet werden. Hierbei handelt es sich ganz klar nicht um eine einfache Inkassovorlage. Es stellt sich ganz grundsätzlich die Frage, für welche staatliche Leistung diese Abgabe mit Spezialcharakter von jedem Haushalt geschuldet sein soll.

Natalie Rickli würde es begrüssen, wenn das Parlament endlich den Service Public Auftrag für die SRG festlegen könnte und setzt sich deshalb für ein Nein zur RTVG-Revision ein. Denn heute belaufen sich die Ausgaben der SRG einfach nach den zur Verfügung stehenden Gebühreneinnahmen von 1,2 Mia. Franken. Eine Gebühr, welche mit der Annah-me der Revision der Bundesrat sel-ber festlegen kann. Erfahrungsgemäss wird darum die im Abstimmungskampf versprochene Gebührensenkung nur für einen kurzen Moment andauern.

Anders als bei der RTVG-Revision soll mit der Volksinitiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV» die Verfassungsgrundlage für eine neue Steuer geschaffen werden. Mit der Erbschaftssteuerreform soll die kantonale Steuerhoheit an den Bund delegiert werden. Bei den Kantonen bedeutet dies Ertragsausfälle, welche mit Steuererhöhungen wieder gedeckt werden müssten.

Die Initiative ist vor allem für direkte Nachkommen ungerecht, da diese gleich viel Steuern bezahlen müssten wie entfernte Verwandte. Zudem widerspricht die Initiative auch ganz grundsätzlich unserem Rechtsstaat, indem Schenkungen rückwirkend auf den 1. Januar 2012 berücksichtigt werden sollen. Dies führt zu Rechtsunsicherheit und Bürokratie. Gerade in wirtschaftlich unsicheren Zeiten eine neue Steuer einzuführen, ist nicht klug. Aus all diesen Gründen setzt sich Nationalrat Rutz gegen eine neue Bundeserbschaftssteuer ein.

SVP DÜBENDORF

Ständeratskandidat Hans-Ueli Vogt am Buurezmorge der SVP Dübendorf

Ein zünftiges, schmackhaftes Buffet und strahlender Sonnenschein, das waren optimale Voraussetzungen für den traditionellen alljährlichen Buurezmorge auf dem Gelände der Lüthi Agro AG im Dübendorfer Gfenn. In aufgeräumter Stimmung begrüsste Parteipräsident Patrick Walder eine stattliche Gästeschar und lud ein zu kulinarischen Leckerbissen und zum gemütlichen Zusammensein.

Paul Steiner
Gemeinderat
Vorstandsmitglied
SVP Dübendorf

Besonders freute sich der Präsident darüber, den Zürcher SVP-Ständeratskandidaten Hans-Ueli Vogt, seit 2003 Professor an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich, als Ehrengast willkommen heissen zu dürfen. In seinem kurzen Referat vermittelte dieser der interessierten Zuhörerschaft, was seine Motivation für die Kandidatur und seine politischen Schwerpunkte sind, bevor er vertiefter auf die Probleme bei der Durchsetzung von Volksinitiativen einging. Anhand der Pädophilen-Initiative, der Masseneinwanderungsinitiative und der Ausschaffungsinitiative zeigte er auf, wie der Bundesrat und die Mehrheit des Parlaments sich weigern, die vom Volk gutgeheissenen Initiativen umzusetzen.

Grosse Freude hatten die Mitglieder der SVP Dübendorf an Hans-Ueli Vogts klaren Äusserungen zu den Plänen eines Innovationsparks auf dem Flugplatz Dübendorf. Er betonte, dass eine fliegerische Nutzung des Geländes möglich bleiben müsse, daneben bestehe durchaus Raum für privatwirtschaftliche Tätigkeiten. Vogt machte jedoch klar, dass eine staatliche Einflussnahme bei der privatwirtschaftlichen Innovation und Forschung zu einer ungesunden Verflechtung führe. Staatliche Vorgaben in der Forschung seien ein Schritt Richtung Planwirtschaft, stellte der Ständeratskandidat klar.

Anschliessend eignete sich der ungezwungene Rahmen der Veranstaltung hervorragend zum gegenseitigen Kennenlernen, zum politischen Gedankenaustausch, aber auch dazu, um über Gott und die Welt zu diskutieren. Dies wurde ausgiebig getan, bevor sich die angeregte Runde nach und nach auflöste.

SVP UETIKON

Frühlingsmarkt in SVP-Hand

Am 30. Mai fand in Uetikon am See der traditionelle Frühlingsmarkt statt. Die Präsidentin der SVP Uetikon am See, Regina Weber, konnte sich am Stand ihrer Partei nicht nur über das schöne Wetter und die vielen Helfer freuen – auch illustre Gäste waren zugegen.

Präsent am Frühlingsmarkt: Hans-Peter Amrein, Kantonsrat; Thomas Matter, Nationalrat; Regina Weber, SVP Uetikon; Katia Weber, Nationalratskandidatin jSVP; Gregor Rutz, Nationalrat und Wolfram Kuoni, Nationalratskandidat aus Herrliberg (v. l.).

Schulpräsident Felix Weber, der Gatte unserer aktuell höchsten Zürcherin (Theres Weber-Gachnang, SVP) hatte die Weichen für einen erfolgreichen Tag bereits morgens um 6 Uhr gestellt: Die Marktstände wurden hergerichtet. Nach und nach trafen weitere Helfer ein – darunter der neue Präsident der SVP Bezirk Meilen, Christian Hurter. Um 10 Uhr waren die amtierenden Nationalräte Gregor Rutz und Thomas Matter zugegen und engagierten sich in Gesprächen mit der Bevölkerung.

Dazu gesellten sich die Nationalratskandidierenden Katia Weber (jSVP, Uetikon) und Wolfram Kuoni. Letzterer startet vom 19. Listenplatz aus in den Wahlkampf. Kuoni lebt mit seiner Familie in Herrliberg, ist erfolgreicher Wirtschafts-Anwalt und Kopf der Kanzlei «Kuoni Rechtsanwälte», die sich auf die Beratung von Unternehmern spezialisiert hat.

Zusammen mit Kantonsrat Hans-Peter Amrein (Küsnacht) verhalfen die Anwesenden der SVP Uetikon einmal mehr dazu, ihren guten Ruf zu zementieren, wonach relativ zur Bevölkerungszahl regelmässig Rekorde gebrochen werden, wenn es um die Sammlung von Unterschriften geht. Verantwortlich dafür ist nicht zuletzt auch das Ehepaar Fränzi und Otto Weiersmüller, das für einmal nicht mit Regen und Wind, wohl aber mit einer Erkältung zu kämpfen hatte. Dennoch trug man – charmant und gewieft wie gewohnt – weit über 100 Unterschriften für die Selbstbestimmung-, die Lehrplan vors Volk- und die No Billag-Initiative zusammen.

Die Gäste wurden indessen nicht nur politisch, sondern auch kulinarisch zum Verweilen am Stand bewegt: Der offizielle Kantonsratswein 2015/2016 von Martin Schnorf, spezielle «Theres Weber»-Würstli, Schinkengipfeli, Kaffee und Selbstgebackenes von aktiven Parteimitgliedern sorgten für einen rundum gelungen Auftritt auf dem Areal des Hauses Wäckerling.

EINE AKTION DER JUNGEN SVP ZUR UMSETZUNG DES VOLKSWILLENS

Offener Brief an Bundespräsidentin Sommaruga

Die Junge SVP Schweiz hat unter der Leitung von Marc Wachter, Zumikon, Mitglied des erweiterten Vorstands, einen offenen Brief an Simonetta Sommaruga lanciert, in welchem die SP-Bundesrätin zu mehr demokratischem Handeln aufgefordert wird. Die Junge SVP fordert die Bundespräsidentin auf, den Volkswillen bei jeder angenommenen Initiative eins zu eins umzusetzen!

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin Sommaruga

Es ist noch nicht allzu lange her, da hatten Sie, als frischgebackene Bundespräsidentin, die Ehre, dem Schweizer Volk ihre Neujahrsansprache via SRF zu überbringen. Als «volksnahe» Bundesrätin wählten Sie den Berner «Märit» als passende Bühne für ihr knapp vierminütiges Loblied auf die Schweizer Demokratie. Sie erzählten von Vertrautheit und Nähe, von der gros-sen Macht des Volkes und von der Verantwortung, welche in den Händen des Schweizer Volkes liege.

Wir trauten unseren Ohren nicht. Ist das wirklich Frau Bundesrätin Sommaruga, welche diese Ansprache hält? Die Frau Sommaruga, welche bei der Umsetzung von Volksinitiativen stets die Minderheit der Mehrheit vorzieht? Die Frau Sommaruga, welche bei der Ausschaffungsinitiative eine Härtefallklausel in den Gesetzestext schrieb, obwohl dies von der Mehrheit des Schweizer Volkes abgelehnt wurde? Jene Frau Sommaruga, welche bei der Masseneinwanderungsinitiative voller Ehrfurcht nach Brüssel blickte und den Entscheid des Schweizer Volkes am liebsten beiseitegeschoben hätte? Ja, sie war es.

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, fast hätten wir Ihnen Ihre Demokratie-Lobhudelei abgekauft. War diese doch so schön verpackt. Sanfte Töne in einer nachweihnachtlichen Berner-Märit-Atmosphäre, besser hätten Sie ihren Auftritt wirklich nicht inszenieren können. Doch leider war auch diese Ansprache mehr Schein als Sein. Kurz nach Jahreswechsel glitten Sie dann aber ins alte Fahrwasser zurück. Sie traten den Volkswillen mit Füssen und konnten sich bei der Umsetzung der «Pädophileninitiative» wohl nicht mehr an ihre schönen Neujahrsworte zurückerinnern. Anstatt den Volkswillen zu respektieren, legten Sie den Initiativtext erneut komplett eigenwillig aus und platzierten auch hier eine sogenannte Härtefallklausel.

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin, uns scheint, Sie hätten das Thema mit der direkten Demokratie, trotz fulminanter Neujahrsansprache, doch noch nicht richtig verstanden. Aus diesem Grund sahen wir uns verpflichtet, in einem Merkblatt die wichtigsten Punkte einer direkten Demokratie zusammenzufassen. Dieses können Sie in Ihrem Bundesratsbüro aufhängen, damit bei der nächsten Umsetzung einer Volksinitiative nichts mehr schiefgehen kann.

Freundliche Grüsse
Junge SVP Schweiz

SELBSTBESTIMMUNGSINITIATIVE JETZT UNTERZEICHNEN

Die Gefahr von «Völkerrecht vor Schweizer Recht»

Der Vorrang des «Völkerrechts» gegenüber dem «Schweizer Recht» (also jenem Recht, über welches in unserem Parlament und an der Urne entschieden worden ist), führt dazu, dass die direkte Demokratie weitgehend ausgehebelt wird. Dies ist ein gefährlicher Weg, denn damit entfernt sich die Festsetzung des Rechts immer mehr von der Bevölkerung. Verbunden damit ist auch eine tiefere Akzeptanz des Rechts. Die Selbstbestimmungsinitiative will dies verhindern.

Luzi Stamm
Nationalrat SVP
Baden-Dättwil AG

Die Gegner der Selbstbestimmungsinitiative der SVP (Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter») machen geltend, dass juristisch gesehen Völkerrecht dem Schweizer Recht übergeordnet sei. Diese Haltung ist für unsere weltweit einmalige direkte Demokratie eine tödliche Gefahr. Wer die folgende Passage aus einem Schweizer Universitäts-Lehrbuch liest, beginnt zu ahnen, was auf uns zukommt, wenn der Vorrang von allgemeinem Völkerrecht vor Schweizer Recht in die Tat umgesetzt wird (im Buch «Einführung in die Rechtspraxis» (ISBN 978-3-7255-5379-2) ist auf den Seiten 188/189 – für gesunden Menschen¬verstand kaum mehr verständlich – folgendes festgehalten:

Die wichtigsten Quellen des Völkerrechts sind:

- Völkervertragsrecht,
- Völkergewohnheitsrecht,
- allgemeine Rechtsgrundsätze der zivilisierten Völker,
- gerichtliche Entscheidungen und Lehrmeinungen als Hilfsmittel zur Feststellung der Rechtsnormen.

Nicht erwähnt sind neuere Regelungsformen wie namentlich die int. Regimes und das sog. «soft law», d.h. «weiches» Recht. Dazu gehören etwa Resolutionen internationaler Organisationen, internationale Übereinkünfte, die bewusst nicht als völkerrechtliche Verträge ausgestaltet wurden, oder völkerrechtliche Verträge, die zwar angenommen und unterzeichnet, aber noch nicht in Kraft getreten sind. Sie sind zwar rechtlich (noch) nicht voll verbindlich, haben aber dennoch ein gewisses Gewicht.

Völkerrecht als trojanisches Pferd

Zivilisierte Völker? Lehrmeinungen? Weiches Recht? Allgemeine Rechtsgrundsätze? Gewohnheitsrecht? Das soll das Völkerrecht sein, welches dem Schweizer Recht vorgeht? Im Klartext bedeutet dies, dass das Schweizer Volk an der Urne nichts mehr zu sagen hat und unser Rechtsstaat völlig untergraben wird. Kleinste Politiker- und Juristengremien werden uns künftig unter Berufung auf solch nichtssagende Ausdrücke vorschreiben, was in der Schweiz gelten soll. Die Bundesrichter Schubarth und Seiler haben sich ebenso zutreffend wie klar geäussert: Oberster Gesetzgeber wäre nicht mehr das Schweizer Volk. Das ist ein juristischer Staatsstreich erster Klasse. (…) Die Konsequenzen sind ungeheuerlich (Schubarth). Das Völkerrecht mit Berufung auf Menschenrechte wird zum «trojanischen Pferd des demokratischen Rechtsstaats» (Seiler); das heisst, der Rechtsstaat wird von innen heraus zerstört, wenn sich Gerichts- und Expertengremien bei jedem Entscheid auf solch unbestimmte Begriffe stützen können.

Völkerrecht regelt Zuwanderungspolitik

Faktisch geht es – wie die Erfahrung mit den Gerichtsentscheiden und Lehrmeinungen der letzten Jahre gezeigt haben – immer und immer wieder um die Einwanderungspolitik. Via angeblich übergeordnetem Völkerrecht soll uns vorgeschrieben werden, wen wir in der Schweiz aufnehmen müssen und wer angeblich ein Menschenrecht besitzt, hier bleiben zu dürfen. Die Einwanderungspolitik ist vielleicht das klarste Beispiel, wie uns via übergeordnetes «Völkerrecht» die Handlungsfreiheit immer mehr aus den Händen geschlagen wird. Wenn wir nicht einmal mehr Schwerstkriminelle aus der Schweiz ausweisen können, bedeutet dies das Ende unserer Volksrechte. Wenn wir die Selbstbestimmung in der Einwanderungspolitik wieder umsetzen können, ist schon viel gewonnen.

Für mehr Informationen:
www.selbstbestimmungsinitiative.ch

SOMMARUGA STEHT IN DER VERANTWORTUNG

Asylzahlen explodieren

Wovor die SVP bereits seit längerem gewarnt hat, das wird nun Realität. Das Asylchaos fliegt Bundesrätin Sommaruga um die Ohren. Die Zahlen explodieren. Die Leidtragenden sind die Schweizer Bevölkerung, die Kantone und Gemeinden. Die Asylgesuche haben innerhalb nur eines Monats um 60 Prozent zugenommen. Dabei kommen die meisten Gesuche nicht etwa aus Syrien (5 % der Gesuche), sondern aus Eritrea, Somalia, Sri Lanka und Afghanistan. Dies ist die Folge einer verfehlten Politik und einer viel zu hohen Attraktivität der Schweiz als Zielland für Migranten. Verantwortlich für diese unhaltbaren Zustände ist die zuständige Bundesrätin Sommaruga, welche das Asylwesen nicht mehr im Griff hat.

SVP. Die Aussage im Communiqué vom Dienstag des Staatssekretariats für Migration «Die wichtigsten Gründe für die steigenden Gesuchszahlen sind die anhaltenden Krisen in wichtigen Herkunfts- und Transitländern», ist eine glatte Lüge. Aus dem Kriegsgebiet Syrien kommt nur gerade jedes zwanzigste Gesuch. In den hauptsächlichen Herkunftsländern der Asylgesuchsteller hat sich hingegen nichts Grundlegendes geändert.

Hausgemachte Probleme

Die Probleme im Schweizer Asylwesen sind vielmehr hausgemacht. Sie sind das Resultat einer verfehlten Politik der zuständigen Bundesstellen. Bundesrätin Sommaruga treibt seit Jahren vor allem eine Aufnahme- und Integrationspolitik voran. Der Vollzug und die konsequente Anwendung der bestehenden Gesetze hingegen werden massiv vernachlässigt. Mit einer schnellen Anerkennung oder vorläufigen Aufnahme werden die Erledigungsstatistiken geschönt. Profitiert von dieser unhaltbaren Situation haben die Wirtschaftsmigranten und die Asylindustrie.

Bezahlen müssen die Kosten, welche sich, die Entwicklungshilfe eingeschlossen, auf gesamthaft rund 6 Milliarden Franken pro Jahr belaufen, in zunehmendem Mass die Kantone und Gemeinden und letztlich die Schweizer Steuerzahler. Die Verantwortung für das nun explodierende Chaos trägt die politische Führung des Eidgenössischen Polizei- und Justizdepartements um Bundesrätin Sommaruga.

Die Probleme im Vollzug und die Anliegen der betroffenen Schweizer Bevölkerung werden dabei grosszügig vernachlässigt.

Die SVP fordert nun rasches und konsequentes Handeln. Die bestehenden Gesetze sind endlich durchzusetzen. Die SVP hat zudem parlamentarische Vorstösse für eine deutliche Senkung der Attraktivität der Schweiz als Zielland eingereicht. Im Weiteren sind die Grenzkontrollen, vor allem zu Italien, rigoros zu verschärfen und nötigenfalls durch das Militär zu unterstützen.

LESEBRIEFE ZUR ABSCHAFFUNG DER HÄRTEFALLKOMMISSION

Unnötige Kommission

Die Schweiz und im speziellen der Kanton Zürich legt alles daran, illegale Einwanderer hier behalten zu können. Um die Tatsachen zu vertuschen gibt man ihnen sogar einen schönklingenden Namen: Sans Papier. Für sie und abgewiesene Asylbewerber steht im Kanton Zürich (einer von dreien in der Schweiz!) eine Härtefallkommission zur Verfügung. Diese kann nach negativem Asylentscheid nochmals das Ganze begutachten und darüber befinden. Abgewiesene Asylbewerber geniessen jetzt schon vom Steuerzahler finanzierte Möglichkeiten, um ihre Ausweisung hinauszuzögern. Die Anwälte und Verfahrenskosten müssen vom Steuerzahler berappt werden, zusätzlich zu den Lebenshaltungskosten und dem Betreuungsapparat. Wenn sie alle Instanzen bis vors Bundesgericht ausgeschöpft haben, bleibt ihnen im Kanton Zürich immer noch die Härtefallkommission. Ein Härtefall kann z. B. sein, dass ein Asylbewerber in seinem Heimatland eine kriminelle Tat verübt hat und bei seiner Rückkehr die Strafe verbüssen muss. Für seine Taten soll jeder selber verantwortlich sein! Die heutigen Entscheidungsgrundlagen reichen vollkommen aus. Dafür braucht es nicht noch zusätzlich eine Härtefallkommission. Auch diese Kommission ist nicht gratis.

Deshalb: JA zur Abschaffung der Härtefallkommission.

Therese Schläpfer, Nationalratskandidatin SVP, Hagenbuch

Asyl-Härtefallkommission – staatsfeindlich – undemokratisch – teuer

Mit der Asyl-Härtefallkommission wurde ein Mittel geschaffen, um einen rechtsgültigen Entscheid legal zu umgehen. Wäre eine solche Kommission gerechtfertigt, müsste man konsequenterweise die Rechtsstaatlichkeit unseres Systems in Frage stellen. Ebenso hätten wir Bürger dann auch das Recht, staatliche Entscheide von unabhängigen Kommissionen zu unseren Gunsten im Sinne eines Härtefalls aufzuheben. Eine Entwicklung, die unser Land definitiv ins Chaos stürzen würde. Einzelne Entscheide mögen für das Individuum hart sein, aber für das Gemeinwohl richtig. Daran darf nicht gerüttelt werden.

Asylsuchende verfügen über ein reiches Instrumentarium von Rechtsmitteln, gegen Entscheide zu ihrem Status und Aufenthaltsrecht zu rekurrieren und den Vollzug zu verzögern. Mit einer solchen Kommission verlängern wir den Rechtsmittelweg erneut um rund sechs Monate. Dies steht zum politischen Willen der Verkürzung der Verfahrensdauer als Anliegen, insbesondere von BR Sommaruga, in krassem Widerspruch.

Bereits das vom Volk deutlich angenommene Ausländergesetz sieht die Möglichkeit vor, in Härtefällen ausserordentliche Aufenthaltsbewilligungen zu erteilen. Die Zuständigkeit ist heute beim Migrationsamt. Die ausländerrechtlichen Verfahren werden mit Schaffung der Härtefallkommission in eine weitere Instanzenrunde geschickt. Ein weiterer Punkt ist die Signalwirkung einer Härtefallkommission auf die Wahl des Ziellandes der Asylsuchenden. 2005 entschied die Asylrekurskommission in einem Fall, dass Dienstverweigerung in Eritrea ein Asylgrund sei. Das Urteil hatte bekanntlich den Charakter eines Leitentscheides und Sogwirkung. 2013 stellten 2563 Eritreer in der Schweiz ein Asylgesuch, während unser Nachbarland Österreich im gleichen Jahr gerade mal 59 Asylgesuche aus Eritrea zu verzeichnen hatte.

Ich lege ein Ja zur Abschaffung der Asyl-Härtefallkommission in die Urne, denn sie ist staatsfeindlich, undemokratisch und teuer.

Christian Hurter, Präsident der SVP Bezirk Meilen, Uetikon am See

Braucht es eine Härtefallkommission?

Ich bin der Meinung NEIN. Die Härtefallkommission kann keine Entscheide fällen, sie gibt lediglich Empfehlungen ab. Abgewiesenen Asylsuchenden stehen bereits genügend kostenlose Rechtsmittel zur Verfügung um gegen ihre ablehnenden Asylentscheide vorzugehen. Die Härtefallkommission, ein «Gutmenschengremium» überprüft und verlängert nochmals die Dauer von ohnehin zu langen Asylverfahren.

Asylsuchende, mit negativen Entscheiden, haben unser Land zu verlassen. So will es das Gesetz. Sind die Asylbewerber einmal in der Schweiz, als aufgenommene oder vorläufig aufgenommene, anerkannt, verlassen die meisten die Schweiz nicht mehr und es folgt der Familien- und Verwandtennachzug. Sehr viele entsprechen mit ihrem Bildungs- und Ausbildungsstand nicht den hohen Anforderungen der Wirtschaft. Sie landen direkt in unserem Sozialsystem. Damit dreht sich die Kostenspirale nicht nur im Sozial- sondern auch im Bildungsbereich. Das geht nur solange gut, bis unser Sozialsystem zusammenbricht. Das Asylwesen hat inzwischen die horrende Summe von jährlich über 1,4 Mia. Franken Ausgaben erreicht.

Heidi Jucker, Gemeinderätin SVP, Adliswil

Stopp dem ewigen Hin und Her

Wann ist ein Härtefall ein Härtefall? Ich bin fester Überzeugung, dass sowohl die abgewiesenen Asylanten wie auch die Bevölkerung hier endlich Klarheit haben sollen und wollen. Mit der jetzigen Härtefallkommission zögert man die gefasste Entscheidung nur nochmals hinaus. Deshalb ein klares JA zur Volksinitiative zur Abschaffung der Härtefallkommission.

Rochus Burtscher, Kantonsrat SVP, Schlieren

Traut man unseren Gesetzen nicht mehr?

Immer wieder ist zu hören, dass langwierige Prozessabläufe im Asylverfahren unsozial sind. Straffung dieser Prozessabläufe ist das Zauberwort. Wird ein solcher Vorschlag der Straffung vorgelegt, kommt man wieder mit übergeordneten Gesetzgebungen. Dabei beruft man sich auf eine «KANN»-Formulierung im Bundesrecht. Eine Härtefallkommission kommt zum Tragen, nachdem Auslandbehörden und Gerichte nach lautenden Gesetzen befunden haben. Traut man unseren Gesetzen und Gerichten nicht? Anscheinend nicht, denn sonst müsste keine übergeordnete Kommission die vorher getätigte, teure Arbeit noch einmal hinterfragen. Eigentlich sprechen die wenigen Fälle (26 Fälle im Jahr 2014) für eine Abschaffung dieser Härtefallkommission. Ist dies vielleicht ein Mitgrund, wieso der Kanton Zürich mit einer solchen Kommission fast alleine in der Schweiz dasteht? Ich vertraue unseren Gesetzen und lege ein JA zu dieser Volksinitiative ein.

Pierre Dalcher, Kantonsrat SVP, Schlieren

Fadegrad

von
Nina Fehr Düsel

Urbane Asylanten

Bis jetzt war es nur eine Ankündigung. Nachdem nun aber das Schweizer Stimmvolk der Asylgesetzrevision zugestimmt hat, machen Anwohner des geplanten Asyl-Testzentrums im Kreis 5 ernst. Es gibt Einsprachen und Rekurse. Bei den Rekurrenten handelt es sich um langjährige Anwohner und eingemietete Gewerbebetriebe. Sie alle sind entsetzt darüber, dass der Bund mit dem Segen des Zürcher Stadtrats auf dem Duttweiler-Areal ein Bundeszentrum für Asylsuchende errichten will, mitten in einem Wohn-, Freizeit- und Ausgangsgebiet.
Viele betroffene Anwohner stören sich daran, dass bald ein grosses Containerdorf in ihrem Wohngebiet stehen soll. Es ist grundsätzlich falsch, solche Zentren mitten in Städten zu bauen, weil die Asylsuchenden die Vorzüge eines urbanen Lebens schnell schätzen lernen. Es wird ihnen vorgegaukelt, hier bleiben zu können, was aber in den meisten Fällen nicht zutrifft.
Die SVP begrüsst diesen Widerstand. Wir warnten schon immer vor einem Kriminalitätsimport in die Stadt Zürich. Es ist leider bekannt, dass es in der Umgebung von Asylzentren zu Zwischenfällen kommt, etwa Diebstahl, Messerstechereien, Schlägereien oder Drogenhandel.
Der Kreis 5 ist längst kein peripheres Industriequartier mehr. Viele Familien mit Kindern wohnen im Quartier und Jugendliche besuchen dort die kaufmännische Schule. Ausserdem ist es das beliebteste Ausgangsquartier in Zürich. Ein Zentrum mitten in einem boomenden Quartier einzurichten, ist alles andere als sinnvoll. Asylzentren gehören in Randregionen, in welchen sonst wenige Personen leben.
Nachforschungen und Statistiken der Polizei haben ergeben, dass Einbrüche und Ladendiebstähle in der Umgebung von Asylunterkünften zunehmen. Trotz des Widerstandes der örtlichen Bevölkerung wurde dies ignoriert und der Stadtrat entschied sich für diesen wohl ungeeignetsten Standort im Kreis 5.
Wir leisten Widerstand, auch im Gemeinderat. Die Vergabe dieses Grossauftrages an die stadteigene Asyl Organisation Zürich (AOZ) ist undurchsichtig und wirft viele Fragen auf. Private Firmen, die ebenfalls solche Dienstleistungen anbieten würden, werden nicht berücksichtigt.
Da die Baukosten zur Erstellung der Asylunterkunft 20 Millionen Franken übersteigen, hat die städtische Bevölkerung die Möglichkeit, über das Asylzentrum an der Urne zu entscheiden. Wir werden dieses Projekt entschieden bekämpfen und im Abstimmungskampf weiterhin die verfehlte Asylpolitik des Bundes aufzeigen. Die SVP setzt sich für die Bevölkerung und das Gewerbe ein, auch im Kreis 5.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Sparen in der Stadt Zürich – unmöglich!

Der Verein Insieme, der Menschen mit Behinderung unterstützt, erhält von der Stadt Zürich auch künftig einen jährlichen maximalen Beitrag von 88 000 Franken. Ein Vorstoss der SVP, welcher verlangt, dass die Leistungen für diesen defizitären Treff nicht auf Kosten der Behinderten abgebaut werden, sondern vielmehr ein Augenmerk auf die hohen Lohnauslagen von 312 000 Franken gerichtet werden soll, blieb chancenlos.

Katharina Widmer
Gemeinderätin SVP
Zürich 1/2

Als erstes Ratsgeschäft wurde der Eintritt von Derek Richter verlesen, der anstelle des zurückgetretenen Roland Scheck im Saal Platz nimmt. Derek Richter und Roland Scheck, der in der Kantonsratsfraktion die Aufgabe des Vizefraktionschefs übernommen hat, wünsche ich viel Kraft und Erfolg für die neue Aufgabe.

Weiter ging es mit INSIEME. Diese Organisation unterstützt Menschen mit Behinderung. Das Angebot umfasst Kurse, Sportanlässe, Weiterbildungen für Eltern und Fachpersonen, Ferien und Treffs mit Restaurant. In der Weisung geht es darum, dass die Stadt diese Treffs für die nächsten vier Jahre mit jährlich 88 740 Franken unterstützen soll. Sie ermöglichen den Behinderten ihre Freizeit eigenständig zu gestalten und soziale Kontakte zu knüpfen.

Sparen auf Kosten der Behinderten
Trotz Subvention von Bund und Stadt erwirtschaftet der Treff einen Fehlbetrag. Deshalb sollen zusätzlich die Preise für Essen und Getränke im Restaurant erhöht und oder das Angebot gekürzt oder die Öffnungszeiten merklich verringert werden. Deshalb haben **Samuel Balsiger** und **Roberto Bertozzi** in diesem Zusammenhang ein Postulat eingereicht, welches verlangt, dass die Leistungen für diesen Treff nicht auf Kosten der Behinderten abgebaut werden, sondern vielmehr soll ein Augenmerk auf die hohen Lohnauslagen von 312 000 Franken gerichtet werden. Allein die Geschäftsführerin verursacht Lohnkosten von 130 000 Franken.

Leider wurden wir in beiden Geschäften trotz einleuchtenden Argumenten von einer Ratsmehrheit überstimmt.

10 Mio. Franken Sparpotenzial «abgeschmettert»
Ein weiterer interessanter Vorstoss von **Roberto Bertozzi** und **Samuel Balsiger** nimmt das Laufbahnzentrum der Stadt Zürich unter die Lupe. Sie schlagen vor, dass jährliche Einsparungen von insgesamt 10 Millionen Franken erzielt werden könnten, indem das Laufbahnzentrum in das kantonale Netz der regionalen Berufsinformationszentren integriert wird. Weil die Studien-, Berufs- und Laufbahnberatung per Gesetz Auf-gabe des Kantons ist, ist das nur logisch.

Das Laufbahnzentrum Zürich beschäftigt pro Einwohner mehr Laufbahnberater als dies beim Kanton Zürich der Fall ist. Deshalb meint **Roberto Bertozzi**, dass diese Institution zu viel Personal beschäftigt und dementsprechend freiwillig mehr Leistungen erbringt, für die der Steuerzahler aufkommen muss.

Obwohl mit einer Textänderung die Summe von 10 Mio. Franken gestrichen wird, also die Sparmesslatte nicht beziffert wird, wird auch dieses Postulat von der Ratsmehrheit «abgeschmettert».

Heftige Diskussion beim Soziallastenausgleich
Eine Interpellation betreffend Forderungen nach einem kantonalen Soziallastenausgleich löste heftige Diskussionen aus. Soziallasten sind die Kosten für eine ganze Reihe bedarfsabhängiger Sozialleistungen. Neben der wirtschaftlichen Hilfe in der Stadt Zürich (jährlich etwa 312 Mio. Franken), fallen vor allem die Zusatzleistungen zur AHV und IV (etwa 380 Mio. Franken) ins Gewicht.

Wie uns bekannt ist, geht die linke Stadtregierung mit den Steuergeldern sorgloser um als die meisten Gemeinden im Kanton. Und jetzt wird nach einem kantonalen Ausgleich geschielt. Während einem fulminanten Votum von **Samuel Balsiger** musste er giftige Zwischenrufe über sich ergehen lassen, die er aber geschickt parierte. Er argumentierte, dass allein schon der Wunsch eines Ausgleiches arrogant sei gegenüber den Gemeinden, die ihre Sozialindustrie im Griff haben.

Weiter führt er an: «Aktuell streuen die Linken gerade betreffend den Luxuswohnungen im Seefeld der Öffentlichkeit Sand in die Augen. Auf Kosten der Allgemeinheit sollen über 100 Mio. Franken für den sozialen Wohnungsbau ausgegeben werden. Anschliessend wohnt dort die linke Klientel in günstigen Wohnungen und eine weitere Chance, gute Steuerzahler in die Stadt zu locken, ist vergeben. Gleichzeitig bewirkt die Sozialindustrie, dass viele Sozialfälle und Asylanten in die Stadt ziehen. Und dann wundert man sich, warum die Sozialausgaben so hoch sind.»

Volksabstimmung vom 14. Juni 2015

VORLAGEN STADT ZÜRICH

1. Neue kommunale Wohnsiedlung auf dem Areal Hornbach, Quartier Riesbach, mit Gewerbeflächen, Kinderbetreuungseinrichtungen und Werkhof, Objektkredit von 100,7 Millionen Franken	NEIN
2. A. «Volksinitiative für sichere und durchgängige Velorouten» (Velo-Initiative) B. Gegenvorschlag des Gemeinderats C. Stichfrage	NEIN NEIN Vorlage B
3. «Zürich im Landesmuseum», permanente Ausstellung über Stadt und Kanton Zürich, Objektkredit von 1,76 Millionen Franken und jährlich wiederkehrende Betriebsbeiträge von 300000 Franken für die Jahre 2016–2019	NEIN
4. Kauf der Liegenschaft Florhofgasse 6 für die Musikschule Konservatorium Zürich und bauliche Sofortmassnahmen, Objektkredit von 33,6 Millionen Franken	NEIN

SVP ZÜRICH 9

Mitgliederwerbung konkret umgesetzt

Politik sei trocken. Die Bürgerinnen und Bürger seien für die Politik nicht zu begeistern. Neue Parteimitglieder seien schwer zu finden. Stimmt das? Oder macht unser Glaube darin diese Vorurteile erst real?

Samuel Balsiger
Gemeinderat SVP
Zürich

Fakt ist: Die SVP betreibt eine hervorragende Politik. Wir kämpfen gegen den Asylmissbrauch (Abschaffung der Härtefallkommission); wir verteidigen die Freiheit der Schweiz (Nein zum schleichenden EU-Beitritt) und wir setzten uns für den Mittelstand ein (Masseneinwanderung stoppen und Steuern runter). Darauf können wir stolz sein und unsere sehr guten Positionen mit Freude nach aussen vertreten. Wir müssen uns auf keinen Fall verstecken. Bei Standaktionen oder bei Freunden und Bekannten ist es also ein Leichtes, ebenfalls positiv gestimmte Personen anzusprechen, ob sie denn schon SVP-Mitglied sind oder werden möchten. Alleine an der Standaktion vom letzten Samstag konnte die SVP Kreis 9 vier Beitrittserklärungen an äusserst interessierte Passanten überreichen!

Wer nicht fragt, bekommt auch keine Antwort. Wer jedoch viele Versuche startet, der hat logischerweise auch mehr Erfolg. Fragen kostet schliesslich nichts. Potenzielle Mitglieder und Wähler nicht anzusprechen hat aber allenfalls einen sehr hohen Preis: verlorene Wahlen und Abstimmungen!

Standaktion im Kreis 9: Alt Kantonsrat Lorenz Habicher, Gemeinderat Samuel Balsiger (nicht im Bild Schulpfleger Marcel Dublanc).

Einladung der SVP Zürich-Schwamendingen zum

traditionellen Grillplausch

Wann: Freitag, 26. Juni 2015
ab 18:00 Uhr

Wo: Materialhütte Familiengärten „Auzelg“
im Au 1
8050 Zürich

- vis-à-vis Haltestelle „Auzelg“ (Tram 11, 12 / Bus 79)
- ausreichend Parkplätze in unmittelbarer Nähe

www.svp-schwamendingen.ch/grillplausch.html

Auf Ihre rege Teilnahme freut sich Ihre SVP Zürich-Schwamendingen

Achtung!

Zahle **Höchstpreise**
für alle **Autos.**

Komme
bei Ihnen vorbei.

Tel. 044 822 26 11

mit

Thomas Matter Nationalrat
Hans-Ueli Vogt Kantonsrat
Ständeratskandidat

Sonntag, 14. Juni 2015, ab 10 Uhr

auf dem **Bauernhof der Familie Müller**
Bunzenhalden 17, 8127 Forch
(Hauptstrasse Forch–Herrliberg)

Musikalische Unterhaltung mit **Geschwister Rymann**
und **Echo vom Adlerhorst**

Spielplatz für Kinder vorhanden!

SVP Küsnacht

Erfolgreich werben im «Zürcher Boten» und «Zürcher Bauern»

Zürichsee-Schifffahrt

mit **Hans-Ueli Vogt**
Kantonsrat / Ständeratskandidat

Der traditionelle Anlass der SVP Bezirk Meilen
gute Gesellschaft - spannende Gäste - feines Essen

Dienstag, 30. Juni 2015

ab Schiffsteg Uetikon am See
ab 19.20 Uhr Apéro auf dem Schiff
19.40 Uhr Abfahrt
ca. 22.15 Uhr Rückkehr

Kosten: Fr. 60.00 (inkl. Nachtessen) / pro Person

Anmeldung mit Einzahlung an SVP Bezirk Meilen, 8706 Meilen, bis spätestens 26. Juni 2015 auf:
Postcheck-Konto 80-52149-0 oder IBAN CH25 0900 0000 8005 2149 0
Die Platzzahl ist beschränkt. Die Anmeldungen werden nach Zahlungseingang berücksichtigt.

Parkplätze am Schiffsteg oder beim Bahnhof Uetikon am See vorhanden.

Kontaktadresse: Tumasch Mischol, Hombrechtikon
mischol@yds.ch, 079 406 45 26

KLEININSERATE

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

WWW.IMMOFUX.CH, BERATUNG I BEWERTUNG I **VERKAUF VON IMMOBILIEN**
HANS TIEFENAUER, 8310 GRAFSTAL – TEL. 052 346 01 05 – MOBILE 079 672 81 13

IHR KLEININSERAT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? **Inserieren Sie einfach und unkompliziert und erreichen Sie über 10 000 Leserinnen und Leser.** Füllen Sie dazu das Formular unter folgender Internetadresse aus:

www.stutz-druck.ch/kleininserate

Preise	ZÜRCHER BAUER	ZÜRCHER BOTE
Kleininserat, 2 Zeilen (112 x 10 mm = 4 Spalten x 10 mm)	Fr. 22.–	Fr. 38.–
Kleininserat, 3 Zeilen (112 x 15 mm = 4 Spalten x 15 mm)	Fr. 33.–	Fr. 57.–
Kleininserat, 4 Zeilen (112 x 20 mm = 4 Spalten x 20 mm)	Fr. 44.–	Fr. 76.–

Keine Layoutanforderung möglich, wird korrekturgelesen.

Einsendeschluss
jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Rufen Sie uns bei Fragen bitte an: Telefon 044 783 99 11

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Öffentlicher Wahlapéro mit Alfred Heer

Am 14. Juni 2015 lädt Sie die SVP Bonstetten zum traditionellen Wahlapéro, mit Kantonalparteipräsident und Nationalrat Alfred Heer, ein

Rigelhüsli (im Dorfzentrum von Bonstetten, vis-à-vis Gemeidehaus)
10.30–13.30 Uhr

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!
SVP Bonstetten

Säntisblick-Frühschoppen im Nägeli

SVP-Präsident Toni Brunner

2015!
Ein Schicksalsjahr für die Schweiz

Mit einer Grussbotschaft von
Konrad Langhart, Oberstammheim
Weinländer Nationalratskandidat SVP

Sonntag, 14. Juni 2015, 10.30 Uhr

In der Hofbeiz im Nägeli,
Familie Wipf in Marthalen

Zufahrt signalisiert
(bei schlechtem Wetter steht ein Zelt zur Verfügung)

Nach der Ansprache: Verschiedene Köstlichkeiten, ein feines Glas Wein und andere Getränke.

Musikalische Umrahmung: «Grenzland-Quintett», Rafz

SCHWEIZER QUALITÄT SVP
Schweizerische Volkspartei
Marthalen

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 15. Juni 2015, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Affoltern / Aeugst
Jeden 1. Donnerstag im Monat, ab 20.00 Uhr, Restaurant Eichhörnli, Aeugst.

Bezirk Andelfingen / Buch am Irchel
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Sonne, Hauptstrasse 12, Buch am Irchel.

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht.

Bezirk Meilen / Meilen
Jeden zweiten Samstag (gerade Kalenderwochen), ab 10.30 Uhr, Restaurant Frieden, Rauchgässli 34, Meilen.

Bezirk Uster / Uster
Immer am ersten Samstag im Monat, 11.00 Uhr, Restaurant Puurehuus, Fehraltorferstrasse 8, Wermatswil.

Junge SVP Kanton Zürich
Jeden letzten Freitag im Monat, 20.00 Uhr, Parteihöck im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Junge SVP Stadt und Bezirk Winterthur
Jeden ersten Freitag im Monat, ab 20.00 Uhr, in der First Choice Bar, Winterthur.

Stadt Zürich / Kreis 1 und 2
Jeden zweiten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Zürich-Wollishofen.

Stadt Zürich / Kreis 3
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 9.00 Uhr, Schützenhaus Albisgüetli, Uetlibergstrasse 341, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 4 und 5
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Holzschopf, Heinrichstrasse 112, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant «Schwamedinge», Schwamendingerplatz 2, Zürich.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern / Bonstetten
Sonntag, 14. Juni 2015, 10.30–13.30 Uhr, Rigelhüsli, vis-à-vis Gemeindehaus, Bonstetten, Öffentlicher Wahlapéro mit Nationalrat Alfred Heer.

Bezirk Affoltern / Wettswil am Albis
Mittwoch, 30. September 2015, 20.00 Uhr, Singsaal Schulhaus Mettlen, Wettswil, Podiumsveranstaltung mit Nationalrat Gregor Rutz und Ständeratskandidat Hans-Ueli Vogt (SVP).

Bezirk Andelfingen / Marthalen
Sonntag, 14. Juni 2015, 10.30 Uhr, in der Hofbeiz im Nägeli, Familie Wipf, Marthalen, öffentlicher Frühschoppen mit Nationalrat Toni Brunner: 2015! Ein Schicksalsjahr für die Schweiz, sowie Nationalratskandidat Konrad Langhart. Musikalische Umrahmung: Grenzland-Quintett, Rafz.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Samstag, 1. August 2015, 19.00 Uhr, Feuerwehrareal, Dielsdorf, 1.-August-Rede von Nationalratskandidat Roger Köppel.

Bezirk Dielsdorf / Niederhasli
Freitag, 26. Juni 2015 bis Sonntag, 28. Juni 2015, Dorfplatz vor Gemeindehaus, Dorffäscht Niederhasli, SVP-Stand mit Hamburger und Festbeiz. Freitag, 19 bis 23 Uhr: Ständeratskandidat Hans-Ueli Vogt und Kantonsrätin Barbara Steinemann. Samstag, 15 bis 18 Uhr: Nationalrat Ernst Schibli. Samstag, 18 bis 23 Uhr: Kantonsräte Mauro Tuena, Claudio Schmid, Barbara Steinemann. Sonntag, 15.30 bis 19 Uhr: Kantonsräte Barbara Steinemann und Bruno Walliser.

Bezirk Hinwil / Wetzikon
Samstag, 27. Juni 2015, ab 14.00 Uhr, DT Druck-Team AG, Industriestrasse 5, Wetzikon, SVP Wetzikon Fest 2015. Gastreden ab 16.00 Uhr: Nationalratskandidat Roger Köppel und Ständeratskandidat Hans-Ueli Vogt. Musikalische Unterhaltung: Örgelifründe Hasenstrick und Trychlergruppe Batzberg. Öffentliche Veranstaltung.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Sonntag, 14. Juni 2015, ab 10 Uhr, Bauernhof der Familie Müller, Bunzenhalden 17, Forch, Puure-Zmorge mit Nationalrat Thomas Matter und Ständeratskandidat Hans-Ueli Vogt. Musikalische Unterhaltung mit Geschwister Rymann und Echo vom Adlerhorst. Kinderspielplatz.

Stadt Zürich / Kreis 9
Freitag, 10. Juli 2015, 19.30 Uhr (Apéro ab 19.00 Uhr), Hotel Mercure Stoller, Badenerstrasse 457, Zürich, Generalversammlung.

Freitag, 17. Juli 2015, ab 19.00 Uhr, Terrasse beim Parkdeck, Spirgarten, Lindenplatz 5, Zürich, 4. Sommernachts-Apéro mit a. Kantonsrat Lorenz Habicher. «Bericht aus Bern» von Nationalrat Ernst Schibli.

Freitag, 28. August 2015 bis Sonntag, 30. August 2015, Albisrieden, Zürich, «Chreis Nüün Fäscht», SVP-Kreispartei Zürich 9 mit einem Stand «Tell's Apfelschuss».

Stadt Zürich / Kreis 12
Freitag, 26. Juni 2015, ab 18.00 Uhr, Materialhütte Familengärten Auzelg, Im Au 1, Zürich, vis-à-vis Haltestelle Auzelg (Tram 11, 12/Bus 79, Parkplätze vorhanden), Grillplausch.

SVP-FRAUEN

SVP-Frauen Stadt Zürich
Freitag, 26. Juni 2015, 18.00 Uhr, Eingang Landesmuseum, Zürich, geführter Besuch der Ausstellung Marignano 1515 mit anschliessendem Abendessen im Restaurant Krone Unterstrass, Schaffhauserstrasse 1, Tram 11 oder 14 bis Haltestelle Kronenstrasse. Anmeldung an margrit.haller@gmail.com

Mittwoch, 5. August 2015, 19.00 Uhr, Hardturmstrasse 120a, Zürich, Literaturclub, aktuelles Buch: Walliser Totentanz von Werner Ryser. Anmeldung bis spätestens 22. Juli 2015 unter www.svp-literaturclub.ch oder info@svp-literaturclub.ch

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Samstag, 20. Juni 2015, 14.30 Uhr, Restaurant Au Premier, Les Trouvailles, Hauptbahnhof Zürich, Generalversammlung – Komitee selbstbewusste freie Schweiz, Pause mit Apéro. 16.00 Uhr: Vortrag von SVP-Kantonsrat Bruno Walliser: «Weshalb ich für den Nationalrat kandidiere».

MOTORRAD-CLUB SVP

Ausfahrten
Sonntag, 14. Juni 2015, **3. Ausfahrt** nach Livigno. Treffpunkt 9.00 Uhr: Restaurant Raststätte Walensee AG, Bergsbodenstrasse, Quarten. Route wird am Start bekanntgegeben.

Sonntag, 13. September 2015, **4. Ausfahrt.** Nähere Angaben folgen.

Englandtour
Mittwoch, 12. August 2015 bis Sonntag, 23. August 2015, Cornwall, Süd-England. Nähere Angaben folgen.

Sommerreise
Donnerstag, 9. Juli 2015 bis Sonntag, 12. Juli 2015. Nähere Angaben folgen.

Stämme
Dienstag, 28. Juli 2015, 19.00 Uhr, Zum goldenen Winkel, Obergasse 13, Bülach, **4. Stamm**.

Donnerstag, 3. September 2015, 19.00 Uhr, Landgasthof Halbinsel Au, **5. Stamm.**

Trucker und Country-Festival
Freitag, 26. Juni 2015 bis Sonntag, 28. Juni 2015, Interlaken.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701 ISSN 2296–3480 Der Zürcher Bote

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 63.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, E-Mail: bauernverband@zbv.ch. Ferdi Hodel (FH). Tel. 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.stutz-druck.ch/content/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Tel. 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, E-Mail: bauernverband@zbv.ch.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 48.–; für Nichtmitglieder Fr. 58.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, E-Mail: zb@svp-zuerich.ch. Reinhard Wegelin (rw.), Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65. **Insertionspreise:** www.stutz-druck.ch/content/der-zuercher-bote. **Abonnementsdienst:** Stutz Druck AG, Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil, Tel. 044 783 99 11, info@stutz-druck.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** print-ad kretz gmbh, Fredi Kretz, Tramstrasse 11, 8708 Männedorf, Telefon 044 924 20 70, info@kretzgmbh.ch. **Inseratenschluss:** Dienstag, 17.00 Uhr. **Druck:** Stutz Druck AG, Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil, Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22.

VERANSTALTUNGEN MIT STÄNDERATSKANDIDAT HANS-UELI VOGT

Samstag, 13. Juni 2015, 8.30–18.30 Uhr, Lake Side, Bellerivestrasse 170, Zürich, Podiumsgespräch, Internationales Symposium: Liberalismus – Visionen für unsere Zukunft, mit Ständeratskandidat Hans-Ueli Vogt.

Bezirk Bülach / Opfikon
Freitag, 19. Juni 2015, ab 18.00 Uhr, alter Dorfkern, Opfikon, Grillplausch mit Ständeratskandidat Hans-Ueli Vogt.

Bezirk Meilen
Dienstag, 30. Juni 2015, Abfahrt 19.40 Uhr (Apéro auf dem Schiff ab 19.20 Uhr), ab Schiffsteg Uetikon am See, Zürichsee-Schifffahrt mit Ständeratskandidat Hans-Ueli Vogt. Kosten: Fr. 60.– (inkl. Nachtessen) / pro Person. Anmeldung mit Einzahlung bis spätestens 26. Juni 2015 auf: PC-Konto 80-52149-0, IBAN CH25 0900 0000 8005 2149 0. Parkplätze am Schiffsteg oder beim Bahnhof Uetikon am See.

Bezirk Pfäffikon / Russikon
Freitag, 11. September 2015, ab 18.30 Uhr, im Schützenhaus Russikon, Russiker Herbst Party mit Ständeratskandidat Hans-Ueli Vogt.

Stadt Zürich / Kreis 7 und 8
Samstag, 1. August 2015, ab 13.00 Uhr, in der Waldlichtung bei der Wirtschaft Degenried, Degenriedstrasse 135, Zürich, bei schlechtem Wetter im Restaurant, 1.-August-Feier mit Ständeratskandidat Hans-Ueli Vogt. (Brunch von 10 bis 13 Uhr in der Wirtschaft Degenried, Infos & Reservationen: 044 381 51 80).

Kanton Thurgau
Dienstag, 16. Juni 2015, 20.00 Uhr, in der Mehrzweckhalle «Hohenalber», Bussnang-Rothenhausen, Delegiertenversammlung der SVP Kanton Thurgau, Referat zur Selbstbestimmungsinitiative von Ständeratskandidat Hans-Ueli Vogt.

Für alle Interessierte

SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14
8600 Dübendorf

Tel. 044 217 77 66
Fax 044 217 77 65
E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

National- und Ständeratswahlen 2015 – Kandidatentagung Samstag, 27. Juni 2015 Rössli Illnau

Traktanden / Programm

Ab 8.45 Uhr	Kaffee und Gipfeli	
9.00 Uhr	Begrüssung und Einleitung	Martin Suter, Präsident der Wahlkommission
9.10 Uhr	Es geht um die Schweiz!	Alfred Heer, Parteipräsident
9.25 Uhr	Frei bleiben - Unsere Themen	Prof. Dr. Christoph Mörgeli, Präsident der Programmkommission
10.00 Uhr	Pause	
10.20 Uhr	Das Werbekonzept der SVP	Parteisekretär
10.45 Uhr	Fragen und Diskussion	alle
11.15 Uhr	Gemeinsam in den Wahlkampf!	NR Albert Rösti, Wahlkampfleiter SVP CH
12.00 Uhr	Ende der Veranstaltung	

Mit freundlichen Grüssen
SVP des Kantons Zürich
Alfred Heer
Parteipräsident

Anmeldetalon für die Teilnahme an der Kandidatentagung vom 27. Juni 2015

☐ Ich melde mich für die Arbeitstagung an.
☐ Wir melden uns für die Arbeitstagung an: ____ Anzahl Personen.

Name: ..... Vorname: .....
Strasse: ..... PLZ, Ort: .....
Telefon: ..... E-Mail: .....

Bitte retournieren an das SVP-Sekretariat, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf
per Fax 044 217 77 65 oder per E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch